

Standpunkt der Kantone 3/2022: Fokus

Zweiter Politischer Dialog eidgenössische Räte - Kantone zum Thema Politikverdrossenheit

Die Politik muss Wege finden, um die Bürgerbeteiligung zu stärken.

Direkte Demokratie und Föderalismus gehen in der Schweiz Hand in Hand. Müssen wir uns deshalb Sorgen machen, wenn sich ein grosser und wachsender Teil der Bevölkerung der Urne und politischen Ämtern verweigert? Schliesslich steht die Legitimität der Institutionen und Behörden, vor allem auf kantonaler Ebene, auf dem Spiel. Mit dieser Herausforderung befasste sich der zweite Politische Dialog eidgenössische Räte - Kantone vom 15. September. Es wurden Erfahrungen ausgetauscht und zahlreiche Lösungsansätze skizziert. Nun ist es an der Politik, die am besten geeigneten Instrumente anzuwenden.

Die Schweiz verhält sich in Bezug auf ihre Demokratie paradox. Einerseits ist sie stolz auf ihre direkt-demokratischen Instrumente, dank denen Bürgerinnen und Bürger regelmässig an politischen Prozessen auf allen staatlichen Ebenen mitwirken können. Andererseits ist die Stimm- und Wahlbeteiligung chronisch tief und erreicht selten mehr als 50 Prozent. Bei manchen Wahlen für Kantons- oder Gemeinde-exekutiven nimmt nicht einmal einer von drei Wahlberechtigten teil.

Die Situation ist zwar regional unterschiedlich. Es scheint sich aber ein Trend abzuzeichnen – die «Globalisierung»: Das Volk ignoriert die kantonale Ebene und interessiert sich nur noch für lokale (Gemeinde, Quartier) und globale Themen (nationale und internationale Ebene). Das kann das Funktionieren des Föderalismus in Frage stellen. Ein weiterer Grund zur Sorge ist eine möglicherweise zunehmende Politikverdrossenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen: junge Menschen, sozial benachteiligte und von Informationen abgeschnittene Personen.

Ist der Patient krank oder liegt er gar im Sterben? Die Meinungen gehen auseinander. Einig sind sich alle darin, dass man sich um ihn kümmern muss. Die Legitimität der Politik, der Institutionen und der Behörden steht auf dem Spiel. Die Demokratie lebt vom Vertrauen, das Bürgerinnen und Bürger in sie setzen, vor allem in einer Gesellschaft im Krisenmodus. Den Arbeiten des Instituts gfs.bern zufolge ist die «Demokratiemüdigkeit» eher durch eine gewisse Enttäuschung über die Politik der Behörden zu erklären als

durch ein Misstrauen gegenüber dem System. Die Kantone ihrerseits würden besonders unter dem Verlust der Medienvielfalt leiden: Der Informationsmangel schmälere das Vertrauen auf Seiten der Wählerinnen und Wähler.

Glaubwürdigkeit erhöhen

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass die Glaubwürdigkeit der Politik zentral ist. Es muss überzeugend dargelegt werden, wie wichtig Abstimmungen und Wahlen konkret sind. Die Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen müssen Gehör finden. Es braucht Transparenz. Wird eine Massnahme als zeitlich begrenzt angekündigt und ist sie es dann nicht, so verstärkt sich nur die Meinung, wonach «die sowieso machen, was sie wollen». Kontroverse Debatten dürfen nicht ausgeklammert werden; die Bevölkerung lässt sich nicht gerne sagen, dass ein Problem nicht existiert.

Politische Bildung ist unerlässlich. Um Demokratie anzuwenden, muss zunächst gelernt werden, wie sie funktioniert. Die Entwicklung eines motivierenden Unterrichts ist vor allem Sache der Kantone. Die künftigen Wählerinnen und Wähler müssen sehr früh abgeholt werden. Und es reicht nicht, die «passive» Beteiligung zu stärken. In den Gemeinden wie auch in anderen Institutionen fehlen Personen, die sich engagieren. Damit sich bei stagnierenden Ressourcen und wachsenden Bedürfnissen genügend Bürgerinnen und Bürger «aktiv» beteiligen, setzt der Kanton Tessin auf das Projekt «Buon Governo». In Faido und Tresa wurde es bereits lanciert und scheint Früchte zu tragen: Viele Menschen haben erkannt, dass es sinnvoll ist, sich an der Umsetzung eines Entwicklungsplans, eines Politikportfolios und eines Jahresberichts zu beteiligen.

Direkten Kontakt suchen

Verschiedene weitere Erfahrungen im Bereich der Bürgerbeteiligung wurden am Politischen Dialog vorgestellt. Das Westschweizer Radio und Fernsehen RTS hatte mit Blick auf die eidgenössischen Wahlen 2019 das Experiment «Moudon: Objectif 50» gestartet. Vier Jahre zuvor hatte die Wahlbeteiligung in der Waadtländer Gemeinde bei nur 36 Prozent gelegen. Ein Journalistenduo verbrachte sechs Wochen vor Ort und half mit, die Stimmbeteiligung auf 50 Prozent zu bringen. Dieses Ziel wurde fast erreicht: Am Urnengang vom 20. Oktober 2019 nahmen immerhin 45,6 Prozent der Stimmberechtigten teil. Verschiedene Aktionen führten zu diesem Ergebnis: Demokratie-*Apéro* mit Politikerinnen und Politikern, politisches *Speed Dating*, Diskussionsabend mit Fondue-Essen, Polittalk *easyvote*, Facebook-Konto, Haustürgespräche.

Die Erkenntnis daraus: Man darf nicht zögern, auf die Menschen zuzugehen, Hände zu schütteln. Die Bevölkerung in Moudon schätzte den direkten Kontakt. Es ist wichtig, die Distanz zur Politik zu verringern. Ein Wermutstropfen war die unter den Erwartungen liegende Mobilisierung der jungen Bürgerinnen und Bürger. Am Dialog vom 15. September wurden verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, um sie zu überzeugen. Teil der Lösung sind die neuen Medien. Weniger, aber besser kommunizieren, über den richtigen Kanal und an die richtige Zielgruppe. Unter dieser Maxime gelang es einem jungen Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt in Stuttgart, für eine Überraschung zu sorgen und die Stimmbeteiligung der unter 30-Jährigen deutlich zu steigern.

Geeignete Instrumente finden

Es braucht auch Überlegungen dazu, wie das System flexibler gestaltet werden kann. Eine klassische Politkarriere und die mit den Ämtern verbundenen Verpflichtungen entsprechen nicht unbedingt den Vorstellungen und der Bereitschaft der Jüngeren. Auf nationaler Ebene wird über das Stimmrechtsalter 16

diskutiert, das bisher nur der Kanton Glarus kennt. Aus Sicht der Befürworterinnen und Befürworter ist es vor allem qualitativ zu bewerten: Man hilft mit, eine neue Generation von Bürgerinnen und Bürgern zu bilden. Hier kann der Föderalismus seine Laborfunktion ausüben. Welches Mittel eignet sich am besten, um die Beteiligung zu stärken? Das Stimmrechtsalter 16 oder die Stimmpflicht, die in Schaffhausen gilt? Die Überlegungen zur Ausweitung der demokratischen Rechte auf Personen, die sich an den Prozessen beteiligen wollen, dies aber nicht dürfen – wie die ausländische Bevölkerung – werden fortgesetzt werden.

Vielleicht wäre es auch sinnvoll, die politischen Vorlagen besser zu erklären. Das wissenschaftliche Projekt *Demoscan* analysiert die Information der Bürgerinnen und Bürger vor Abstimmungen. Es wurde bereits in Sion und im Kanton Genf durchgeführt und schweizweit kommen immer mehr Gemeinden dazu. Das Konzept besteht darin, neben dem Abstimmungsbüchlein auch Empfehlungen normaler Bürgerinnen und Bürger zu verschicken. Per Losverfahren wird ein Panel aus Personen gewählt, welche die verschiedenen Bevölkerungsgruppen abbilden sollen. Ihre Aufgabe ist es, die Argumente beider Seiten kritisch zu beleuchten. Daraus erstellen sie einen kurzen Bericht, der den Stimmberechtigten zugestellt wird. Wer diesen Bericht erhalten hat, scheint sich besser eine Meinung bilden zu können und eher bereit zu sein, an die Urne zu gehen.

Der Politische Dialog eidgenössische Räte - Kantone ist eine gemeinsame Initiative des Büros des Ständerats und des Leitenden Ausschusses der KdK. Der Dialog bietet einen Rahmen, in dem sich Mitglieder der eidgenössischen Räte und der Kantonsregierungen aus föderaler Perspektive über aktuelle Themen austauschen können. Dazu wird jeweils ein aktuelles Schwerpunktthema ausgewählt, anhand dessen die Herausforderungen und Vorteile föderaler Politikgestaltung exemplarisch diskutiert werden können. Der Erfahrungs- und Meinungsaustausch soll zu einem gemeinsamen Verständnis von möglichen Lösungen und einer kohärenten Aufgabenteilung im jeweiligen Politikbereich beitragen. Dadurch kann der Dialog einen konkreten Nutzen für die Entwicklung der Schweiz in wichtigen Bereichen leisten.